

I n h a l t s v e r z e i c h n i s

zur Niederschrift über die öffentliche 03./X. Ratsperiode Sitzung des Integrationsrates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 06.05.2015, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

	<u>Seite</u>
1. Bericht der Asylbewerberentwicklung in der Stadt Kleve	4 - 6
2. Unterstützung der Neuankömmlinge und Vernetzung von Betreuungsangeboten für Migranten	7
3. Schulung für Integrationslotsen durch die VHS Kleve	8 - 9
4. 1. Kulturfest 2015 in der Stadt Kleve	9 - 10
5. Mitteilungen	
a) Internetauftritt des Integrationsrates	10 - 11
b) Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat	11
6. Anfragen	
a) Festival of Tolerance	11
b) Städtepartnerschaft Polen	11
c) Gremiumssitzungen des Landesintegrationsrates	11
d) Nächste Sitzung	11

Niederschrift

über die öffentliche 03./X. Ratsperiode Sitzung des Integrationsrates der Stadt Kleve am Mittwoch, dem 06.05.2015, 17.00 Uhr, im Interimsrathaus - Zi. 005

Unter dem Vorsitz des
Herrn Ezer, Hüseyin (SPD)
sind anwesend die Stadtverordneten:

Gietemann, Josef	SPD
Goertz, Heinz	Offene Klever bis 18.32 Uhr (TOP 4.)
Heyrichs, Michael	CDU
Maaßen, Manfred	CDU
Meyer-Wilmes, Dr. Hedwig	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN für Siebert, Susanne bis 17.40 Uhr (TOP 1.)
Siebert, Susanne	Bündnis 90/ DIE GRÜNEN ab 17.40 Uhr (TOP 1.)

die im Rahmen der Integrationsratswahl gewählten
Mitglieder:

Weber, Julia	Einzelbewerberin
Zigan, Paul	Einzelbewerber für Kizilkaya, Ünver
Balli, Nuray	SPD bis 18.45 Uhr (Ende TOP 4.)
van den Berg, Anna	SPD
van der Giessen-Kleuters, Mariska	CDU
Kostiw, Lilli	CDU
Overkamp, Lambertus	SPD
Pisarek, Wladyslaw	CDU

die beratenden Mitglieder:

Boskamp, Heinz
Delbeck, Eva-Maria
Teigelkötter, Friedrich

Nicht anwesend:

Hütz, Klaus-Werner
Kizilkaya, Ünver
Rütter, Daniel

Von der Verwaltung sind anwesend:

Bürgermeister Brauer
Erster Beigeordneter Haas
Gleichstellungsbeauftragte Tertilt-Rübo
Oberverwaltungsrätin Keysers
Oberverwaltungsrätin Wier
Verwaltungsrätin Northing
Leiter VHS Kleve Hausmann
Tariflich Beschäftigter Kunders
Amtfrau Berns als Schriftführerin

Gäste:

Arunjoy Banerjee vom AStA der Hochschule Rhein-
Waal

Integrationsratsvorsitzender Ezer begrüßt die Anwesenden und stellt die form- und fristgerechte Einladung sowie die Beschlussfähigkeit des Integrationsrates der Stadt Kleve fest.

Auf die Frage, ob es Anmerkungen zur Tagesordnung gibt, meldet sich StV. Gietemann und weist darauf hin, dass seine Fraktion einen Antrag auf Errichtung einer Stelle für einen Sozialarbeiter zum Rat gestellt habe und dieser Antrag zur weiteren Beratung in den Integrationsrat verwiesen worden sei.

Oberverwaltungsrätin Keyzers weist darauf hin, dass die Einladungsfrist zur Sitzung des Integrationsrates bereits verstrichen gewesen sei.

Erster Beigeordneter Haas ergänzt, dass die Verwaltung nicht die Zeit gehabt habe, um die Beratung des Antrags vorbereiten zu können. Der Antrag werde natürlich im Integrationsrat und parallel dazu auch im Sozialausschuss beraten.

Weitere Anmerkungen zur Tagesordnung oder zur Niederschrift der letzten Sitzung ergeben sich nicht.

1. **Bericht der Asylbewerberentwicklung in der Stadt Kleve**

Verwaltungsrätin Northing informiert einleitend über die Novellierung des Asylbewerberleistungsgesetzes, die durch Urteil des Bundesverfassungsgerichts erforderlich geworden sei. Im Rahmen dieser Novellierung sei eine Anpassung der Regelleistungen für Asylbewerber in Höhe der SGB II bzw. SGB XII Leistungen erfolgt. Die Leistungssätze würden um 11 € für Rezeptgebühren und eine Pauschale für Möbel und Hausrat gekürzt, so dass den Asylbewerbern ein Betrag in Höhe von 359,- € monatlich zur Verfügung stünde, den sie in Form von Barschecks erhielten. Darüber hinaus gebe es für diesen Personenkreis nun einen gesetzlichen Anspruch auf Bildung und Teilhabe, den die Verwaltung allerdings bereits seit 2012 im Rahmen einer freiwilligen Leistung gewähre. Sie führt weiter aus, dass auch das Flüchtlingsaufnahmegesetz geändert worden sei. Demnach erhöhe sich die Landespauschale entsprechend der Stichtagsregelung. Das Land leiste im Rahmen der Krankenhilfe nun Erstattungen je Einzelfall und Kalenderjahr, allerdings erst ab einer Summe von über 70.000 €.

Sie teilt weiter mit, dass 90 % aller Asylbewerber aus 23 verschiedenen Nationen stammten. Zu den Fallzahlen führt sie aus, dass es in 2012 38 Zuweisungen, in 2013 90 Zuweisungen, in 2014 153 Zuweisungen gegeben habe. In 2015 gebe es bereits 68 Zuweisungen, wobei in der letzten Woche 10 weitere Zuweisungen angekündigt worden seien. Die Verwaltung gehe aktuell davon aus, dass sich die Zahl der Zuweisungen in diesem Jahr auf ca. 300 Personen belaufen werde.

Die Unterbringungssituation stelle sich wie folgt dar: In der Stadionstraße seien aktuell 105 Personen untergebracht. In der Braustraße lebten 53 Personen, davon 17 Männer in dem erweiterten Gebäudeteil 1 und 36 Frauen, davon vier mit Kindern. 32 Familien mit insgesamt 93 Personen seien in privaten Wohnungen untergebracht. Eine Person sei alleine untergebracht und werde gesetzlich betreut. Weitere zwei Familien seien über die Netzgruppe untergebracht, neun Familien mit Kindern in Wohnungen über das GSK und sieben Männergruppen seien dezentral untergebracht. Insgesamt seien schon 52 % der Asylbewerber dezentral untergebracht.

Erster Beigeordneter Haas äußert, dass er für den in der jüngsten Ratssitzung verabschiedeten Appell des Rates an die Bundes- und Landesregierung auf vollständige Übernahme der Kosten für die Aufnahme und Unterbringung der Asylbewerber sehr dankbar sei. In den städtischen Nachtragshaushalt fließe die Prognose ein, dass durch die Aufnahme von Asylbewerbern ein Aufwand in Höhe von 3,8 Mio. entstehe. An diesen Aufwendungen beteilige sich der Bund mit 150.000 € und das Land mit 650.000 €. Der Stadt bleibe ein Eigenanteil von rund 2,5 Mio. €. Dies sei der zehnfache Betrag des Durchschnittsbedarfs in den Jahren 2009 bis 2012. Gemeinsam mit der Politik werde daher auf der Ertragsseite über eine Anhebung der Grund- und Gewerbesteuer nachgedacht. Er betont gleichzeitig, dass die Verwaltung zu ihrer Verantwortung stehe, diese Menschen aufzunehmen und adäquat unterzubringen.

StV. Teigelkötter äußert, dass er es für schwierig halte, wenn in der Braustraße sowohl Familien als auch alleinstehende Frauen und Männer untergebracht seien.

Verwaltungsrätin Northing erläutert, dass vorrangig alleinstehende Frauen mit Kindern sowie Familien mit Kindern übergangsweise in der Braustraße untergebracht würden. Ziel sei es, alleinstehende Frauen mit Kindern dezentral unterzubringen. Aufgrund der steigenden Zuweisungszahlen habe die Verwaltung im November des letzten Jahres sogar Zimmer im Cityhotel Kleve buchen müssen. Daher sei das Gebäude in der Braustraße ertüchtigt worden. In den Gebäuden 2 und 3 gebe es eine Gemeinschaftsküche sowie einen Raum für Männer. Es werde eine strikte Trennung vorgenommen und der Hausmeisterservice sei ausgeweitet worden. Natürlich werde die Verwaltung die weitere Entwicklung beobachten. Bei neuen Zuweisungen würden die Personen zunächst in der Stadionstraße untergebracht und nach guter Bewährung in die Braustraße umgesiedelt.

Mitglied van der Giessen-Kleuters möchte wissen, ob es von einer Nation besonders viele Asylbewerber in Kleve gebe.

Verwaltungsrätin Northing antwortet, dass 13 % der Asylbewerber aus Syrien, 7 % aus dem Irak und 6 % aus Afghanistan kämen. Die restlichen 2 bis 5 % kämen aus anderen Herkunftsländern.

Bürgermeister Brauer führt aus, dass sämtliche Städte nun erfahren müssten, dass es immer mehr Menschen gebe, die Hilfe benötigten. Er sei sehr dankbar für die vorhandenen Hilfsangebote und die zahlreiche Unterstützung, die die Asylbewerber in Kleve erfahren würden. Das bereits angesprochene Haushaltsdefizit in Höhe von 2,5 Mio. € stelle allerdings ein großes Problem dar. Aus diesem Grund würden verschiedene Lösungsansätze abgewogen. Es sei aber sicherlich die Aufgabe aller, ihren Beitrag, sowohl materiell als auch immateriell, zu einer Integration dieser Menschen zu leisten. Damit der Fremdenfeindlichkeit kein Raum gegeben werde, meint er, dass die Menschen in dieser Situation zusammenhalten und sich gegenseitig unterstützen müssten. Dies gelte auch für die Zusammenarbeit von Politik und Verwaltung, die über alle Gremien hinweg erforderlich sei.

StV. Dr. Meyer-Wilmes weist darauf hin, dass jeder Asylsuchende würdig untergebracht werden könne, wenn jeder Bürger 50 € spenden würde, wenngleich sie wisse, dass diese Maßnahme nur schwierig zu vermitteln sei. Sie ärgere sich über die Asylpolitik von Bund und Land der letzten Jahre, zumal diese den Asylbewerbern nicht weiterhelfe. Sie glaube aber, dass der Integrationsrat etwas bewegen könne, wenn klar sei, welche Möglichkeiten

vorhanden seien. Darüber hinaus hoffe sie auf das Bewusstsein der Klever Bevölkerung mit deren Beitrag den Betroffenen eine adäquate Hilfe zuteil werden könne. Kleve tue als Stadt bereits ihr Bestes, wenngleich dies nie genug sein könne. Sie glaube, dass auch der Integrationsrat die Aufgabe der Suche nach privatem Wohnraum leisten könne.

Mitglied van der Giessen-Kleuters meint, dass die Kommunikation in dieser Angelegenheit wichtig sei. Steuererhöhungen würden nur dann verstanden, wenn auch deutlich gemacht werde, warum diese erfolgten.

StV. Dr. Meyer-Wilmes lobt in diesem Zusammenhang die Berichterstattung in der NRZ, durch die in einfachen Worte die Inhalte vermittelt worden seien. Sie glaube aber, dass es schwierig werde, wenn es der Bevölkerung ans eigene Portemonnaie gehe. Aufgrund dessen müssten alle an der Kommunikation arbeiten, wenn es darum gehe, Steuererhöhungen zu vermitteln.

Mitglied Overkamp meint, dass insbesondere bei Personen, die nicht so gut situiert seien, das Verständnis fehlen werde, wenn sie selbst einen finanziellen Beitrag leisten müssten.

Erster Beigeordneter Haas erklärt, dass eine Erhöhung der Grundsteuer natürlich in erster Linie Eigentümer treffen, aber durch die Vermieter auch auf die Miete umgelegt werde. Die Verwaltung werde darstellen, welche Auswirkungen damit verbunden seien.

StV. Goertz meint, dass die Politik die Voraussetzungen schaffen solle, um die finanziellen Mittel generieren zu können. Er meint, dass der Integrationsrat einen Appell an den Rat formulieren könne, um dafür zu sorgen, dass die Verwaltung mit ausreichenden finanziellen Mitteln ausgestattet werden solle.

Erster Beigeordneter Haas hält einen Appell des Integrationsrates an den Rat für ein gutes Signal, um die erforderlichen Mittel für die Aufnahme der Asylbewerber bereitzustellen.

Auch StV. Gietemann hält den Vorschlag für angemessen. Es sei richtig, dieses vom Rat einzufordern.

StV. Heyrichs teilt mit, dass auch seine Fraktion diesem Appell des Integrationsrates zustimmen könne.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt einstimmig folgenden Appell an den Rat der Stadt Kleve abzugeben:

Der Integrationsrat der Stadt Kleve appelliert an den Rat der Stadt Kleve, der Verwaltung die erforderlichen Mittel für die wichtige Aufgabe einer menschenwürdigen Unterbringung und Begleitung von Flüchtlingen im Haushalt zur Verfügung zu stellen. Ungeachtet dessen, ist der Integrationsrat auch der Auffassung, dass die Kosten für die Flüchtlingsaufnahme den Kommunen in voller Höhe von Bund und Land zu erstatten sind.

2. **Unterstützung der Neuankömmlinge und Vernetzung von Betreuungsangeboten für Migranten**

StV. Gietemann bezieht sich auf die Diskussionen in der vergangenen Sitzung und meint, dass sich alle Mitglieder darüber einig gewesen seien, dass im Bereich der Vernetzung klare Strukturen zur Koordination der Angebote erforderlich seien. Er könne ein großes Engagement in der Bevölkerung feststellen; ohne die erforderlichen Strukturen könnten die hohen Erwartungen aber nicht erfüllt werden, da niemand genau wisse, wie er richtig helfen könne.

Beratendes Mitglied Teigelkötter schlägt vor, eine Bestandsaufnahme zu machen und ggf. Institutionen zwecks Abstimmung zusammenzuführen.

Beratendes Mitglied Delbeck weist darauf hin, dass es bereits ein Netzwerk unter der Leitung von Herrn Gerding sowie ein freiwilliges Zentrum des Caritas gebe. Sie halte es auch für erforderlich, dass gewisse Aufgaben bestimmten Personen zugeordnet werden müssten, damit die Zuständigkeiten klar geregelt seien. Was die rechtlichen Belange angehe, sei da z.B. der Fachbereich Arbeit und Soziales der richtige Ansprechpartner. Sie glaube, dass Konsens dahingehend bestehe, dass über das Netzwerk, das Freiwilligenzentrum und über Weiterbildungsangebote die Hilfe für Flüchtlinge funktioniere.

Erster Beigeordneter Haas schlägt vor, dass sich aus den Mitgliedern des Integrationsrates eine Arbeitsgruppe bilde, die die vorhandenen Strukturen erfasse, um in einem nächsten Schritt Empfehlungen auszusprechen und Handlungsschritte daraus zu entwickeln. In der nächsten Sitzung des Integrationsrates könne berichtet werden.

StV. Heyrichs, Herr Overkamp, Frau Weber und Frau Delbeck erklären sich bereit, in dieser Arbeitsgruppe zusammenzuarbeiten.

StV. Gietemann macht noch einmal deutlich, dass ohne eine Koordination die Frustration bei den Helfern immer größer werde, weil sie nicht wüssten, wie sie richtig helfen könnten. In diesem Zusammenhang verweist er noch einmal auf den Antrag seiner Fraktion zur Einrichtung einer Stelle eines Sozialarbeiters.

Gleichstellungsbeauftragte Tertilt-Rübo weist auf das aushängende Informationsmaterial hin.

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt einstimmig, eine Arbeitsgruppe zur Bestandsaufnahme der vorhandenen Hilfs- und Betreuungsangebote für Asylbewerber zu bilden. Der Arbeitsgruppe gehören StV. Heyrichs, Frau Weber, Herr Overkamp und Frau Delbeck an. Die Arbeitsgruppe wird in der nächsten Sitzung des Integrationsrates über ihre Arbeit berichten.

3. **Schulung für Integrationslotsen durch die VHS Kleve**

Leiter VHS Hausmann teilt mit, dass im April die Schulung für Integrationslotsen mit fünf Sitzungen gestartet sei. Die letzte Schulung finde am 12.05.2015 statt. Die Schulung gliedere sich in die Themen "Migration in Deutschland; Interkulturelle Kompetenzen und Kommunikation; Asyl in Deutschland 2015 - aktuelle, politische, juristische, soziale, kulturelle Rahmenbedingungen; Klever Netzwerkpartner in der Integrationsarbeit und Zusammenfassung mit Blick auf die je konkrete ehrenamtliche Arbeit" und sei sehr gut angenommen worden. 17 Teilnehmer gebe es insgesamt. Weitere 30 Personen stünden auf einer Warteliste. Aus diesem Grund starte eine zweite Maßnahme im kommenden Semester. Um zu vermeiden, dass jeder Helfer zu einem Einzelkämpfer werde, werde in der Schulung auch die Koordination der Hilfsangebote thematisiert, die bislang durch Herrn Gerding erfolge.

Beratendes Mitglied Delbeck teilt mit, dass sie selbst an dieser Schulung teilnehme. Gerade was die rechtlichen Hintergründe angehe, werde deutlich, dass Fachleute benötigt würden. Sie schildert weiter ihre Erfahrungen aus Sicht der Teilnehmenden.

Leiter VHS Hausmann weist darauf hin, dass eine Lotsenschulung bereits vor drei Jahren angeboten worden sei. Diese habe allerdings keine große Resonanz erfahren.

StV. Gietemann meint, dass die Finanzierung der Sprachkurse ein Hindernis sein könnte, weil die Kurse nicht auskömmlich seien. Er möchte wissen, inwieweit die Kurse bezuschusst würden.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass im Etat 2015 5.000 € berücksichtigt seien.

Beratendes Mitglied Delbeck meint, dass die geringe Resonanz auf den von der VHS angebotenen Sprachkurs auch damit zusammenhänge, dass eine Information aufgrund der Sprachgrenze nur schwer stattgefunden habe. Sie spricht sich daher für ein erneutes Angebot aus.

Mitglied Weber meint, dass viele Bürger eine solche Integrationslotsenschulung besuchen würden. In der Evangelischen Kirche habe unter Beteiligung von Frau Northing ein Vortrag stattgefunden und sie habe das Gefühl, dass weitere Personen bereit seien, sich zu engagieren.

Verwaltungsrätin Northing teilt mit, dass der Sprachkurs ein freiwilliges Angebot der Kommune sei, der genauso wie für Bezieher von SGB II- oder SGB XII-Leistungen ermäßigungsfähig sei. Das Angebot sei mit Flyern in mehreren Sprachen beworben worden. Ein weiteres Hindernis sei, dass viele Ehrenamtler Kurse ohne Gebühr anböten. Es sei ein schmaler Grat, weil natürlich die Asylbewerber im Vergleich zu Empfängern von SGB II- bzw. SGB XII-Leistungen nicht bevorzugt werden sollten.

Erster Beigeordneter Haas ergänzt, dass es auch um die Gleichbehandlung derjenigen Personen gehe, die an anderer Stelle Angebote wahrnahmen. Wichtig sei allerdings auch die Eigenverantwortung. Der geforderte Eigenanteil würde die Personen nicht überfordern und führe auch zu einer Verpflichtung, an der Maßnahme teilzunehmen.

Vorsitzender Ezer berichtet, dass er 1996 als Asylbewerber nach Deutschland gekommen sei. Er habe das Gefühl, dass sich die Hilfsangebote seit seiner Ankunft in Deutschland enorm verbessert hätten. Auch er sei bei einem Netzwerktreffen dabei gewesen und habe den Eindruck gewonnen, dass viele Ehrenamtler gar nicht wüssten, wie sie richtig helfen könnten. Er hoffe daher auf die Arbeitsgruppe, die ermittle, welche Angebote bereits vorhanden seien und wie diese Angebote strukturiert vernetzt werden könnten.

Leiter VHS Hausmann weist darauf hin, dass es auch eine Schulung für Integrationsräte gebe. Es handele sich um ein zweitägiges Seminar ab August 2015, welches von der Landeszentrale für politische Bildung und durch weitere Zuschüsse finanziert werde. Ab 12 Personen werde dieses Seminar durchgeführt. Interessenten sollten sich bei ihm melden. Es werde eine Kooperation mit der Stadt Emmerich geben.

StV. Gietemann meint, dass es dem Integrationsrat gut zu Gesicht stünde, wenn Herr Hausmann in der Integrationslotsenschulung den Dank des Integrationsrates für das geleistete Engagement ausdrücke. Ehrenamtliche Arbeit könne nicht genügend gewertschätzt werden.

4. **1. Kulturfest 2015 in der Stadt Kleve**

StV. Gietemann bezieht sich auf die Informationen der Gleichstellungsbeauftragten zum Festival of Tolerance der Hochschule. Er glaube, dass ein eigenes Kulturfest vor dem Sommer schwer umzusetzen sei. Daher schlage er vor, dass sich der Integrationsrat an diesem Festival beteilige und direkt nach der Sommerpause ein eigenes Fest für das kommende Jahr organisiere.

Vorsitzender Ezer weist darauf hin, dass zwei Vertreter des AStA von der Hochschule anwesend seien. Er fragt den Integrationsrat nach seinem Einverständnis, dass sie über das Festival of Tolerance informieren.

Der Integrationsrat erhebt keine Einwände.

Der Campus-Repräsentant Kleve Arunjoy Banerjee stellt das Festival of Tolerance der Hochschule vor, das am 03.06.2015 auf dem Gelände der Hochschule stattfindet. Das Festival sei im letzten Jahr zum ersten Mal durchgeführt worden. In diesem Jahr solle die gesamte Stadt integriert werden, um Toleranz, auch in die Stadt hinein, zu erfahren und zu stärken. Auf dem Festival werde es verschiedene Reden, Workshops, Konzerte, unterschiedliches Essen, traditionelle Tänze etc. geben. Es sei ein Fest für die ganze Familie und es gebe auch Attraktionen für Kinder. Im Anschluss an das Fest werde für die Studierenden eine Party im Radhaus stattfinden.

Beratendes Mitglied Delbeck möchte wissen, inwieweit die Studenten auch mit den Asylbewerbern zu tun hätten, die aus dem gleichen Herkunftsland kämen.

Arunjoy Banerjee antwortet, dass sie in diesem Jahr versuchen würden, Verbindungen aufzunehmen. Sie hätten bereits Kontakt zu Flüchtlingen gehabt.

Erster Beigeordneter Haas meint, dass es um die Frage von noch vorhandenen Beteiligungsmöglichkeiten gehe und wie eine mögliche Beteiligung an diesem Festival dann erfolgen könne.

Stellvertretendes Mitglied Zigan weist darauf hin, dass im letzten Jahr die Aids-Hilfe an dem Festival teilgenommen und eine gute Resonanz erfahren habe.

Arunjoy Banerjee teilt mit, dass zur Durchführung des Festivals noch ca. 3.000 € fehlten und AStA aktuell noch nach Sponsoren suche. Bei einer Beteiligung könne die Hochschule mit Sprachkenntnissen, Ständen, Tischen etc. unterstützen. Bei einem Sponsoring würde AStA die Teilnehmer promoten und als Sponsor aufführen. Natürlich seien alle aber auch unabhängig von einem Sponsoring zur Teilnahme eingeladen.

Nach einiger Beratung einigt sich der Integrationsrat darauf, sich mit einem Informationsstand an dem Festival of Tolerance zu beteiligen, an dem z.B. typisch Klevische Gerichte angeboten würden. Da der Integrationsrat ein eigenes Budget habe, solle dem AStA eine gewisse Summe zur Finanzierung des Festivals zur Verfügung gestellt werden.

Vorsitzender Ezer hält diese Möglichkeit der Vorstellung des Integrationsrates für gut. Im nächsten Jahr solle der Integrationsrat dann ein eigenes Fest durchführen.

Erster Beigeordneter Haas regt an, dass er gemeinsam mit dem Vorsitzenden abstimme, welcher Betrag als Zuschuss zur Verfügung gestellt werde.

An der Vorbereitung des Standes auf dem Festival of Tolerance werden StV. Siebert, StV. Heyrichs, StV. Gietemann, Frau van der Giessen-Kleuters, Herr Pisarek, Herr Overkamp und Frau van den Berg federführend mitwirken.

(Hinweis: Die Ausführungen von Herrn Arunjoy Banerjee wurden von Herrn Hausmann vom Englischen ins Deutsche übersetzt.)

Beschluss:

Der Integrationsrat beschließt einstimmig, sich mit einem Stand an dem Festival of Tolerance der Hochschule Rhein-Waal am 03.06.2015 zu beteiligen. Dem AStA werden aus dem Budget des Integrationsrates in Absprache des Kämmerers Herrn Haas und dem Vorsitzenden Herrn Ezer eine Summe zur Finanzierung des Festivals zur Verfügung gestellt. Für das kommende Jahr 2016 solle ein eigenes Internationales Kulturfest geplant werden.

5. Mitteilungen

a) Internetauftritt des Integrationsrates

Amtfrau Berns informiert darüber, dass in Absprache mit dem Vorsitzenden Herrn Ezer und Frau Weber der Internetauftritt des Integrationsrates im Ratsportal der Stadt Kleve um einige Seiten erweitert worden sei. Die Mitglieder des Integrationsrates seien gebeten, sich diese Seiten anzuschauen und der Verwaltung eine Rückmeldung hinsichtlich Änderungs-

oder Ergänzungswünschen zu geben. Der Integrationsrat bekomme eine eigene Internetadresse www.integrationsrat-kleve.de sowie eine eigene E-Mail-Adresse Integrationsrat@kleve.de.

b) Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat

Amtfrau Berns teilt mit, dass die Mitgliedschaft im Landesintegrationsrat zwischenzeitlich bestätigt und zudem ein fester Ansprechpartner für den Integrationsrat der Stadt Kleve benannt worden sei.

6. Anfragen

a) Festival of Tolerance

Mitglied Weber bittet darum, auf das Festival of Tolerance im Internet hinzuweisen.

b) Städtepartnerschaft Polen

Stellvertretendes Mitglied Zigan fragt nach dem Sachstand.

Erster Beigeordneter Haas antwortet, dass es eine Entscheidung sei, die dem Rat obliege. Derzeit werde ein Konsultationsbesuch zur Abstimmung der Rahmenbedingungen geplant.

c) Gremiumssitzungen des Landesintegrationsrates

StV. Gietemann äußert, dass er es für sinnvoll halte, wenn über die Gremiumssitzungen des Landesintegrationsrates informiert werde.

Mitglied van der Giessen-Kleuters antwortet, dass sie an der Hauptausschusssitzung am 03.03. teilgenommen habe. Sie werde dem Integrationsrat das Protokoll über diese Sitzung zur Verfügung stellen.

d) Nächste Sitzung

Vorsitzender Ezer regt an, im Rahmen der nächsten Sitzung des Integrationsrates zwei Asylbewerberheime zu besichtigen und anschließend gemeinsam etwas Trinken zu gehen.

Es soll ein Termin noch vor der Sommerpause gefunden werden.

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

(Ezer)
Vorsitzender

(Berns)
Schriftführerin